



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 69. Sitzung

Wirtschaftsausschuss

19. Wahlperiode - 39. Sitzung

am Donnerstag, dem 6. Februar 2020, 10 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Stefan Weber (SPD)	Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	
Tobias Koch (CDU)	
Volker Nielsen (CDU)	
Ole-Christopher Plambeck (CDU)	
Birgit Herdejürgen (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	i. V. v. Beate Raudies
Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Annabell Krämer (FDP)	
Jörg Nobis (AfD)	
Lars Harms (SSW)	

Anwesende Abgeordnete des Wirtschaftsausschusses

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)	i. V. v. Klaus Jensen
Lukas Kilian (CDU)	
Peer Knöfler (CDU)	i. V. v. Andreas Hein
Volker Nielsen (CDU)	i. V. v. Hartmut Hamerich
Thomas Hölck (SPD)	
Kerstin Metzner (SPD)	
Kai Vogel (SPD)	
Annabell Krämer (FDP)	i. V. v. Kay Richert
Volker Schnurrbusch (AfD)	
Lars Harms (SSW)	i. V. v. Flemming Meyer

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:		Seite
1.	Organisationsuntersuchung zur Weiterentwicklung der NAH.SH	4
	vertraulicher Umdruck 19/2720	
2.	Aufgabenwahrnehmung durch die Autobahn GmbH des Bundes	6
	Umdruck 19/3370	
3.	Information/Kenntnisnahme	8
	Umdruck 19/3468 - über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2019	
	Umdruck 19/3471 - Bewerbungsverfahren für Lehrkräfte (pbON)	
	Umdruck 19/3485 - schulische Inklusion	
4.	Verschiedenes	9
5.	Vergabeverfahren XMU II	10
	vertraulicher Umdruck 19/3502	

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Weber, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließen die Ausschüsse, Umdruck 19/3502 (Vergabe XMU II) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Organisationsuntersuchung zur Weiterentwicklung der NAH.SH

vertraulicher Umdruck 19/2720

Verkehrsstaatssekretär Dr. Rohlfs hält als Ergebnis der Organisationsuntersuchung fest, dass die NAH.SH im Vergleich zu anderen Verkehrsverbänden sehr effizient arbeite, Controlling und Transparenz gestärkt werden müssten und man in einer Mitte 2019 eingesetzten Arbeitsgruppe mit den Kommunen Optimierungsvorschläge erarbeite.

Sodann präsentiert Herr Köhler von KPMG die wesentlichen Ergebnisse der von KPMG durchgeführten Organisationsuntersuchung (siehe Anlage).

Staatssekretär Dr. Rohlfs teilt mit, als Konsequenz der Empfehlungen von KPMG habe man das Berichtswesen auf quartalsweise Kennzahlberichte umgestellt, im Ministerium eine Stelle für das Controlling eingerichtet, zum 1. Januar 2020 eine Förderrichtlinie erlassen und sich mit den kommunalen Partnern darauf verständigt, schrittweise die empfohlenen Personalaufstockungen vorzunehmen (8,1 VZÄ, davon 2 Stellen für Controlling, und 2 zusätzliche Stellen für die Abarbeitung von Altlasten).

Auf Fragen der Abg. Vogel, Herdejürgen und Dr. Tietze antwortet er, die Entscheidung über die Vergabe von Verkehrsleistungen solle auch in Zukunft bei der Politik liegen. - Herr Pirschel, Leiter der Abteilung Verkehr und Straßenbau im Wirtschaftsministerium, ergänzt, bei der Verbesserung der Qualität von Stationen und Service, die für die Kunden ein wesentlicher Faktor sei, hätten alle Länder Nachholbedarf.

Herr Köhler macht darauf aufmerksam, dass Verbesserungen bei Pünktlichkeit und Zustand der Infrastruktur auch dazu beitragen, dass sich die Anzahl der Beschwerden und damit der Arbeitsaufwand verringern beziehungsweise die Leistungskennzahl entsprechend verbessern werde. Die Wahrnehmung einer integrierten Produktwerbung wäre eine sinnvolle Maßnahme und für die NAH.SH eine zusätzliche Aufgabe.

Staatssekretär Dr. Rohlfes weist darauf hin, dass eine Umstellung von Netto- auf Bruttoverträge, von der man sich einen besseren Wettbewerb verspreche, sechs zusätzliche Stellen erfordere.

Frau Coordes von NAH.SH erläutert die Idee der Bruttoverträge, als Land die Infrastrukturbetreiber vertraglich zur Erfüllung einer bestimmten Qualität zu verpflichten und bei Nichterfüllung Sanktionen seitens des Landes vornehmen zu können. Wenn sich das Land als Aufgabenträger in die Tarifgestaltung einbringen und mehr Erlösverantwortung übernehmen wolle, müsse der Verbund die Möglichkeit haben, die Produkte zu bewerben, und die mit den Verkehrsunternehmen getroffenen Vereinbarungen ändern. Die Umstellung auf Bruttoverträge bedeute wegen der Erlösverantwortung einen größeren Controlling-Aufwand. Bei der NSH, die schlank aufgestellt sei und auch in Zukunft die Aufteilung der Erlöse auf die einzelnen Verkehrsunternehmen vornehme, ließen sich keine Synergien heben.

Die Ausschüsse nehmen Umdruck 19/2720 und die ergänzende Präsentation zur Kenntnis.

2. **Aufgabenwahrnehmung durch die Autobahn GmbH des Bundes**

[Umdruck 19/3370](#)

Staatssekretär Dr. Rohlfis führt in die Vorlage, Umdruck 19/3370, ein. Einsparungen von rund 10,7 Millionen € im Jahr 2020 (davon knapp 1,4 Millionen € Personalkosten durch den Wechsel von 28 Personen vom Land zum Bund) stünden Mehrkosten durch die Auflösung von Mischstraßenmeistereien und die Schaffung neuer Landesmeistereien in zweistelliger Millio-nenhöhe (rund 30 Millionen €) gegenüber. Den Personalübergang habe man im Dialog mit Gewerkschaften und Personalvertretungen transparent, einvernehmlich und bundesweit maß-stabgebend hinbekommen. Kein Mitarbeiter müsse gegen seinen Willen zur Bundesverwal-tung wechseln. Wechsel in den Meistereien sollten besitzstandswahrend und ortsnahe umge-setzt werden.

Auf Fragen von Abg. Vogel antwortet er, um die Attraktivität des Arbeitgebers Land zu erhö-hen, habe das Land bereits 2019 1 Million € für Höhergruppierungen und Beförderungen zur Verfügung gestellt und unternahme besondere Anstrengungen bei Gesundheitsmanagement, Coaching von Führungskräften, Heimarbeit, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und Zulagen-system. Der Staatssekretär wiederholt seine Auffassung, dass die Entflechtung bei der Stra-ßenbauverwaltung wirtschaftlich Irrsinn sei.

Herr Pirschel hält es für selbstverständlich, dass es angesichts der Komplexität des Gesamt-vorhabens eine gewisse Unruhe gebe. Man verpflichte keinen Mitarbeiter zu einem Wechsel, sondern setze auf das Prinzip der Freiwilligkeit.

Herr Rosenthal, stellvertretender Referatsleiter im Verkehrsministerium, teilt mit, die Auto-bahn GmbH des Bundes werde ihre Zentrale in Berlin und zehn regionale Niederlassungen haben, eine davon in Hamburg mit einer Außenstelle in Rendsburg und einer in Lübeck. Die Autobahn GmbH solle sieben bundeseigene Autobahnmeistereien haben; Mischmeistereien lehne der Bund ab. In Schleswig-Holstein gebe es zwei reine Autobahnmeistereien, in Neu-münster und Bad Oldesloe; bei den sieben gemischten Standorten müsse es eine Entflechtung geben.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Tietze betont Staatssekretär Dr. Rohlf, nur weil man weiterhin die Aufgaben der Bundesstraßenverwaltung wahrnehme, sei das Land in der Lage, ein sinnvolles und wirtschaftliches Betriebsdienstnetz in Schleswig-Holstein zu organisieren. Die Planung der Bundesstraßen sei weiter sichergestellt.

Herr Pirschel macht darauf aufmerksam, dass der Wettbewerb um qualifiziertes Personal hart sei und sich der Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr bemühe, sich attraktiv aufzustellen, und unter anderem 2019 ein Geschäftsbereichsmodell mit mehreren Leitungspositionen etabliert habe.

Die Ausschüsse nehmen Umdruck 19/3370 zur Kenntnis.

3. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 19/3468](#) - über- und außerplanmäßige Ausgaben IV/2019

[Umdruck 19/3471](#) - Bewerbungsverfahren für Lehrkräfte (pbON)

Umdruck 19/3485 - schulische Inklusion

Bei Umdruck 19/3471 - Bewerbungsverfahren für Lehrkräfte (pbON) - kritisiert Abg. Vogel, dass sich die Landesregierung über den einstimmigen Landtagsbeschluss vom 11. Dezember 2013 (Drucksache 18/1355 neu) hinweggesetzt habe. - Der Vorsitzende weist darauf hin, dass der Umdruck auch dem Bildungsausschuss zugeleitet worden sei, und wiederholt seine Anregung, das Thema auch im Fachausschuss zu erörtern.

Umdruck 19/3485 - schulische Inklusion - soll bei der Beratung über den Bericht der Landesregierung zum Stand der Inklusion im schulischen Bildungsbereich, Drucksache 19/1913, mit behandelt werden.

Der Finanzausschuss nimmt die drei aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

4. Verschiedenes

Abg. Vogel bezieht sich auf die Verteilung des Haushaltsüberschusses und fragt die Landesregierung, für welche Lärmschutzmaßnahmen für die Fehmarnbelt-Querung 15,6 Millionen € verwendet werden sollten, ob es sich bei den 14 Millionen € für die Lindaunis-Brücke um neue Mittel handele und wie die zusätzlichen 40 Millionen € für den Kita-Bau auf die Kreise beziehungsweise Kommunen verteilt würden.

Staatssekretär Dr. Rohlf s antwortet, das Land habe rund 67 Millionen € für Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen (inklusive Lärmschutzmaßnahmen und Bahnhofsumfeld) für die Hinterlandanbindung der festen Fehmarnbelt-Querung bereitgestellt; eine entsprechende Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 15,6 Millionen € werde jetzt mit Haushaltsmitteln hinterlegt. Die Finanzierung von Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen werde sich voraussichtlich zugunsten der Kommunen verschieben.

Für die Schlei-Brücke habe das Land zusätzliche Mittel bereitgestellt, weil die durch die Bahn zu verantwortende Planungsverzögerung zu weiteren Kostensteigerungen führe. Man werde dies zum Anlass nehmen, mit dem Bund über eine Änderung des Kostenschlüssels zugunsten des Landes zu sprechen.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 11:45 Uhr.

5. Vergabeverfahren XMU II

vertraulicher Umdruck 19/3502

Die Ausschussmitglieder beschließen gemäß § 17 Absatz 1 Satz 3 und Absatz 2 GeschO, die Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

Verkehrsstaatssekretär Dr. Rohlfis führt in die Vorlage ein.

Die Ausschüsse nehmen Umdruck 19/3502 zur Kenntnis und beschließen, am 26. März 2020, 10 Uhr, eine gemeinsame Sitzung zur Vergabe XMU II und XMU III durchzuführen.

Der Vorsitzende des federführenden Finanzausschusses, Abg. Weber, schließt die gemeinsame Sitzung um 12:00 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer